

Betreff

Dezernat/e

Bericht zum Beschluss

Nr.

vom

Erforderliche Stellungnahmen

Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
 Kämmerei
 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte nach HGIG
 Frauenbeauftragte nach HGO
 Sonstiges

Rechtsamt
 Umweltamt: Umweltprüfung
 Straßenverkehrsbehörde

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

Kommission	nicht erforderlich	erforderlich
Ausländerbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Kulturbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Ortsbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Seniorenbeirat	nicht erforderlich	erforderlich

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A Tagesordnung B

Umdruck nur für Magistratsmitglieder

Stadtverordnetenversammlung

nicht erforderlich erforderlich
 öffentlich nicht öffentlich

wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Anlagen nichtöffentlich

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Der Wiesbadener SGB II-Geschäftsbericht für das Jahr 2022 berichtet über einen Anstieg der Zahl der Leistungsberechtigten und Bedarfsgemeinschaften im SGB II. Diese Entwicklung deckt sich mit hessen- und bundesweiten Trends und ist wesentlich auf die Einmündung ukrainischer Geflüchteter ins SGB II zurückzuführen. 12,6% (Vorjahr: 12,3 %) der Wiesbadener Bevölkerung sind auf existenzsichernde Leistungen gemäß SGB II angewiesen. Für Kinder liegen die Zahlen weiterhin deutlich höher.

Es konnten in 2022 4.043 (2021: 4.172) Personen in eine sv-pflichtige Beschäftigung, Selbständigkeit oder Berufsausbildung integriert werden; die Integrationsquote für 2022 beträgt 20,0 % aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (2021:20,1 %). Der Bericht analysiert ferner jährlich u. a. die Dauern des Verbleibs im SGB II-Bezug, das Aktivierungsgeschehen und die Erwerbstätigkeit von Leistungsberechtigten.

C Beschlussvorschlag

Der Wiesbadener SGB II Geschäfts- und Eingliederungsbericht für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

IV. Öffentlichkeitsarbeit | Bürgerbeteiligung

(Hier sind Informationen über Bürgerbeteiligungen in Projekten einzufügen)

Bestätigung der Dezernent*innen

Manjura
Stadtrat